

Zeichen der Zeit

Geld und Erwerbsarbeit

Die Arbeitslosenzahlen steigen. Die Angst, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wächst. Diejenigen, die bald ins Erwerbsleben einsteigen wollen, fragen sich mitunter: Werde ich überhaupt noch einen Arbeitsplatz bekommen, der meiner Neigung und Begabung entspricht? Werde ich überhaupt Arbeit bekommen? – Natürlich versuchen die Schulen, die Schüler bei der Entfaltung ihres individuellen Potenzials weitestgehend zu fördern und ihnen möglichst viel mit auf den Weg zu geben. Aufgabe der Schule kann es allerdings nicht sein, die jungen Menschen für das Arbeitsleben abzurichten. Unüberhörbar jedoch ist der Wunsch vieler Eltern nach einer Schule, die auch den Bedürfnissen der Wirtschaft entgegenkommt. Bleibt es dabei, dass auch künftig Erwerbsarbeit knapp bleibt oder sogar noch knapper wird, als handle es sich um ein unabänderliches Naturgesetz, dann werden viele junge Menschen nicht den Beruf ausüben können, der ihren Fähigkeiten entspricht. Zwangsläufig wird es beim Wettlauf um attraktive Arbeitsstellen auch Verlierer geben. Es fragt sich allerdings, ob Erwerbsarbeit notwendig auf Dauer knapp bleiben muss. Warum fehlen heute Erwerbsarbeitsplätze? Ein nach Auffassung des Autors grundlegender, leider kaum öffentlich diskutierter Erklärungsansatz soll im Folgenden dargestellt werden.

Die Kernthese lautet, dass eine Beseitigung der Knappheit im Kapitalismus unmöglich ist. Anders als bei Marx soll hier unter Kapitalismus ein Marktverhältnis verstanden werden, in dem das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage (nach Leihgeld und Sachgut/Realkapital) knapp gehalten wird und dadurch den Zins (Geld- und Sachkapitalzins) erzwingt.¹ »Nicht die Existenz eines Gutes oder die an ihm klebenden Besitztitel werfen das Plus ab, sondern die Seltenheit in Verbindung mit der Nachfrage – Knappheit genannt.«²

Institutionalisiert ist die Knappheit deswegen, weil der Zins (Sach- und Geldkapitalzins) einen bestimmten Mindestsatz, den J.M.Keynes als die »Liquiditätsprämie des Geldes«³ bezeichnet hat, in der heutigen Geldverfassung nicht unterschreiten kann. Das Geld stellt sich für eine Investition nur zur Verfügung, wenn damit eine Rendite erwirtschaftet werden kann, die deutlich – je nach Risiko – über dem landesüblichen Zinssatz liegt. Der landesübliche Zinssatz wiederum findet durch die Liquiditätsprämie des Geldes eine Untergrenze. Können auf Grund der durch die Investitionstätigkeit zunehmenden Konkurrenz der Kapitalien die Forderungen des Geldkapitals nicht mehr erfüllt werden, so verweigert es sich der Investition. Anders ausgedrückt: Es stellt sich als Vermittler im Wirtschaftsgeschehen nur dann zur Verfügung, wenn ein ausreichend hoher Zins geboten wird. Die Folge: Eine Stagnation der Wirtschaft oder gar eine Reinigungskrise, die eine entsprechende Vernichtung von Sachkapital bewirkt (man bedenke die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen!). Mit der aus der Wirtschaftskrise hervorgehenden Verknappung wird die Voraussetzung für eine spätere rentable Kapitalverwertung wieder hergestellt.

Die Liquiditätsprämie des Geldes setzt somit den Standard, über den hinaus sich das Sachkapital nicht vermehren kann. Der Zins muss für jedes Gut auf jeder Verarbeitungsstufe für das jeweils benötigte Kapital bezahlt werden; auch wird keine Produktionsanlage im Kapitalismus betrieben, ohne dass sie Zins abwirft, ihre Erzeugnisse also knapp im Verhältnis zur Nachfrage sind.

Diese Knappheit pflanzt sich auf alle übrigen Märkte fort. Das heißt: Im Zinskapitalismus dominieren die Geldmärkte über die Investitionsgütermärkte, diese wiederum beherrschen die Konsumgütermärkte. Am Fuß der Pyramide befindet sich der schwächste Markt: der Arbeitsmarkt.

Es stellt sich die Frage nach einem Ausweg; er könnte lauten: die Liquiditätsprämie wird konsequent durch künstliche Durchhaltekosten neutralisiert.⁴

Schon Rudolf Steiner sah ja im Geld gegenüber den verderblichen Gegenständen einen unreellen Konkurrenten.⁵ Geld müsse sich daher abnützen,⁶ es müsse alt werden,⁷ es müsse »stinkend« werden.⁸ Das Geld würde dadurch unter einen Angebotsdruck gesetzt, seine Übermacht gegenüber Ware und Arbeit würde ihm dadurch genommen.⁹

Um die Durchhaltekosten zu vermeiden, stellt das Geld sich jetzt selbst dann noch zur Verfügung, wenn die zu finanzierenden Investitionen eine Verzinsung in Höhe der Liquiditätsprämie (zuzüglich eines Risikoaufschlages) nicht mehr erzielen können. Nach der Neutralisierung der Liquiditätsprämie kommt es somit zur Dauerkonjunktur, in der das Kapital eine permanente Vermehrung und Dezentralisierung (Wohlstand für alle) erfährt. Geld herrscht dann nicht mehr, sondern es dient. Dauerkonjunktur aber bedeutet: Abbau der Erwerbslosigkeit.

Anders ausgedrückt: Um den Durchhaltekosten auf liquides, also flüssiges Geld (sprich Bargeld und Giralgeld) zu entgehen, würde mehr Geld direkt in den Konsum bzw. in langfristige Anlagen (Sparkonten) wandern. Ersteres würde die Wirtschaft ankurbeln, was den Abbau der Erwerbslosigkeit erleichtern würde, letzteres würde zu einer Erhöhung des Kreditangebotes führen. Damit könnten die Kreditzinsen sinken, was für die Unternehmen eine leichtere Finanzierung potenziell beschäftigungswirksamer Investitionen bedeutet. Sinkende Zinsen bedeuten gleichzeitig zurückgehende Zinslasten für die in der Regel hoch verschuldeten Unternehmen. Bei funktionierenden Märkten – sprich Wettbewerb – könnten dann auch die Zinsanteile in den Preisen sinken. Die so genannten Verbraucher hätten dann – bei nominal gleichen Löhnen – mehr Kaufkraft. Dies bedeutet eine Stärkung der Nachfrage, was einen mittelfristigen Abbau der Erwerbslosigkeit zur Folge hätte. Dadurch würden die klammen öffentlichen Haushalte deutlich entlastet. Dass weiter sinkende Zinsen darüber

hinaus auch grundsätzlich Haushaltsspielräume eröffnen würden, muss angesichts der drohenden Finanzkatastrophe wohl nicht weiter ausgeführt werden.

Die wichtige Rolle des Geldes im Hinblick auf die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit wird öffentlich nicht thematisiert. Während die Unternehmer meist nur über hohe Löhne klagen, reden die Gewerkschaften über die hohen Gewinne. Von den Zinsen, die mit der Inflationsrate ansteigen und damit die eigentliche Ursache sowohl der Arbeitslosigkeit wie der zunehmenden Verteilungskämpfe sind, reden beide kaum. Ohne ein »gerechtes Geld«¹⁰, das dient und nicht herrscht, kann es aber weder eine Wende auf den Arbeitsmärkten noch eine ökologisch und sozial befriedigende Zukunft geben. *Frank Bohner*

Anmerkungen:

- 1 Vgl. S. Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Lauf b. Nürnberg ⁹1949, S. 201, Anm. 1
- 2 F. G. Binn: Die Rolle des Kapitals bei der Wachstums- und Umweltproblematik, in: W. Onken (Hrsg.): Perspektiven einer ökologischen Ökonomie, Hann. Münden 1983, S. 29
- 3 J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin ⁶1983, S. 189
- 4 Zur praktischen Durchführung vgl. D. Löhr, J. Jentzky: Neutrale Liquidität, Frankfurt a.M. 1996
- 5 Rudolf Steiner: Nationalökonomischer Kurs, Dornach ³1979, GA 340
- 6 Ebenda, S. 202
- 7 Rudolf Steiner: Nationalökonomisches Seminar, Dornach ³1986, S. 77 f., GA 341
- 8 Rudolf Steiner: Betriebsräte und Sozialisierung, Diskussionsabende mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts (1919), Dornach 1989, S. 188 f., GA 331
- 9 Siehe auch Dirk Löhr: Urmonopole, intertemporale soziale Kosten und nachhaltiges Wirtschaften, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 113. Folge, 1997. Bezug: Gauke Verlag, Postfach 1320, 24319 Lütjenburg, www.sozialoekonomie.de
- 10 Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. München / Wien 1994; Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient, München 1993. Internet: www.geldreform.de – Informationsmaterial gegen Rückporto gibt es bei: INWO, Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt (www.inwo.de)